22. Öffentliche Ortschaftsratsitzung in Wolfartsweier 2024-2029
6. Oktober 2026

Anwesend:

Ortsvorsteher:	Dr. Anton Huber
Ortschaftsräte:	OR Tino Huber (SPD), OR`in Julia Küffner (SPD), OR Joachim Supper (CDU), OR`in Christiane Supper (CDU), OR`in Jaqueline Faisst (CDU), OR`in Manuela Reichmann (Bündnis 90/ Die Grünen), OR Thomas Wunderberg (Bündnis 90/ Die Grünen), OR Markus Ziegler (FDP)
Nicht anwesend / entschuldigt:	OR Mirko Hoffmann (SPD)
Urkundspersonen:	OR`in Julia Küffner, OR`in Manuela Reichmann
Protokoll:	Bettina Rastetter – OV Wolfartsweier Christa Keinath - OV Wolfartsweier
Verwaltung und Externe:	Christa Keinath – Verwaltungsleitung Bettina Rastetter – Verwaltungsleiterin Celina Zuber - Auszubildende
	Frau Iris Bieberstein, RP Karlsruhe Herr Matthes, Ingenieurbüro Schädel Frau Heike Weißer, TBA Herr Jürgen Lohmeyer, TBA Herr Manuel Gießinger, TBA

Besucher*innen:

Presse:	1	Presse
Zuhörer*innen:	19	Personen Protokoll der öffentlichen Sitzung des

---

Verhandelt am 06.10.2026. Der Ortsvorsteher eröffnet die öffentliche Sitzung um 19:00 Uhr und stellt fest, dass die Ortschaftsräte durch Ladung vom 24.10.2026 ordnungsgemäß einberufen wurden.

Der OV Dr. Anton Huber eröffnet die Sitzung und benennt OR`in Julia Küffner und OR`in Manuela Reichmann als Urkundspersonen für die heutige Sitzung.

Der OV stellt die Beschlussfähigkeit fest. Anträge auf Änderung der Tagesordnung werden nicht gestellt und gilt somit als angenommen.

Tagesordnung öffentliche Sitzung

1. **Vorstellung der Baumaßnahme Radweg L 623**

   Vorlage 2026/0690

2. **Nachhaltiges Parkraumkonzept Stadt Karlsruhe**

   Vorlage 2026/0582

3. **Mitteilungen der Verwaltung**

4. **Mündliche Anfragen**

Zu 1.
Vorlage 2026/0690
Herr Matthes stellt anhand einer Präsentation die neue Planung für den Radweg entlang der L 623 vor. Ein Zeitplan wird vorgestellt sowie, dass ab Februar eine Vollsperrung der L 623 vorgesehen ist. Die Umleitungsstrecken werden erläutert.
Zu Beginn der Sitzung wurde die geplante Baumaßnahme an der L623 vorgestellt. Im Bereich der bestehenden Fahrbahn soll ein neuer Geh- und Radweg hergestellt werden. Ziel der Maßnahme ist insbesondere eine bessere und sicherere Trennung der verschiedenen Verkehrsteilnehmer und damit eine Entflechtung beziehungsweise bessere Verteilung der Verkehrsräume.

<u>Geplante Ausführung</u>
Neben dem Neubau des Geh- und Radweges ist aufgrund der örtlichen Gegebenheiten auch eine Hangsicherung erforderlich. Vorgesehen ist unter anderem eine Überquerungshilfe am Ortsbeginn Grünwettersbach durch eine neue Radwegbrücke beim Fallbrunnen.

Im Rahmen der Hangsicherung ist ein Eingriff in den bestehenden Hang erforderlich. Vorgesehen sind unter anderem dreidimensionale Stanzgitter sowie eine langfristige Verankerung der Sicherung. Die Herstellung soll abschnittsweise bzw. von oben erfolgen.

Für die Maßnahme ist folgender zeitlicher Ablauf vorgesehen:
November 2026 bis Januar 2027: Vergabeverfahren
Februar 2027: Maßnahmen zum Amphibienschutz
März bis Dezember 2027: Durchführung der eigentlichen Baumaßnahme
Verkehrsführung während der Bauzeit:
Für die Dauer der Bauarbeiten ist eine Vollsperrung und eine dazugehörige Umleitung vorgesehen. Als Empfehlung wurden die Nutzung der Autobahnen A8 und A5 sowie die Umfahrung über die Rittnertstraße genannt.
Durch die Baumaßnahme kommt es zu Einschränkungen im öffentlichen Personennahverkehr. Für Busse sind verschiedene Verkehrsführungen vorgesehen.
In Grünwettersbach wird der Busverkehr über die Busenbacher Straße geleitet. Kleinere Busse sollen als eine Art Pendelverkehr in Wolfartsweier zum Zündhütle fahren. Für den Radverkehr wurde empfohlen, nach Möglichkeit die Verbindung über Hohenwettersbach zu nutzen.
Die Linie 47 und 158 müssen entfallen, die Linie 107 in Richtung Ettlingen soll aber weiterhin bestehen bleiben.

Fragen aus dem Ortschaftsrat:

OR Supper Joachim möchte wissen, ob es eine Abstimmung mit der Autobahn GmbH gab, da eine Umleitungsstrecke über die Autobahnen ausgewiesen werden soll
Iris Bieberstein (RP Karlsruhe) antwortet, dass dies noch nicht abgesprochen worden ist, aber noch folgen wird.

OR Thomas Wunderberg merkt an, dass es entlang der L623 beziehungsweise im Bereich der Autobahnen während der Bauarbeiten zu erheblichen Verkehrsproblemen kommen könnte, insbesondere wenn der Verkehr über A8 und A5 umgeleitet wird. Wenn auf der A8 zusätzlich eine Sperrung erfolgen sollte, wäre eine Umleitung über Stupferich notwendig. Dies birgt die Gefahr eines zusätzlichen Verkehrschaos.

Herr Mathes (Ingenieurbüro Schädel) antwortet, dass dies immer so ist, wenn eine Strecke wegfällt. Für das Jahr 2027 ist derzeit keine Baumaßnahme auf der A8 vorgesehen und die Verkehrsführung sowie die entsprechenden Planungen wurden abgestimmt. Mit einem höheren Verkehrsaufkommen ist zu rechnen, es kann z.B. bei Unfällen oder im Berufsverkehr zu einem Stau oder längeren Wartezeiten kommen.

Iris Bieberstein (RP Karlsruhe) verweist auf die Albtalstrecke als zusätzliche Alternative im Notfall.

Herr Jürgen Lohmeyer (TBA) fügt hinzu, dass man in engem Kontakt mit der Autobahn durch das Baustellenmanagement stehe und dass Baustelleneinrichtungen gegenseitig berücksichtigt werden und abgestimmt sind. Nach derzeitigem Stand wird es auf den Autobahnen zu diesem Zeitpunkt keine Baustellen geben.

OR Thomas Wunderberg fragt, wie der Amphibienschutz während der Bauarbeiten gewährleistet wird und ob sowohl auf der Hang- als auch auf der Talseite Schutzmaßnahmen vorgesehen sind.

OR Tino Huber möchte wissen, ob eine Amphibienquerung vorgesehen ist.

Iris Bieberstein (RP Karlsruhe) verneint die Anfrage bzgl. der Amphibienquerung. Die Schutzzäune werden regelmäßig kontrolliert und die Amphibien eingesammelt.

Herr Mathes (Ingenieurbüro Schädel) ergänzt, dass Amphibien-Leitsteine vorgesehen sin und diese extra flach gestaltet werden.

OV Anton Huber merkt an, dass sich der Schutz für die Amphibien verbessern wird, da es bisher keine Schutzzäune oder ähnliches gibt. Die Schutzmaßnahmen werden so angelegt, dass Amphibien, beispielsweise Salamander, möglichst nicht verletzt werden. Die Schutzzäune werden regelmäßig kontrolliert. Je nach Situation soll entsprechend gehandelt und nachgesteuert werden.

OR Thomas Wunderberg fragt nach Maßnahmen, für die bergab fahrenden Radfahrer, da diese ein erhöhtes Unfallrisiko durch die Blendung aus dem Gegenverkehr haben.

Iris Bieberstein (RP Karlsruhe) antwortet, dass zum derzeitigen Planungsstand hierfür keine zusätzliche Maßnahme vorgesehen sind. Insbesondere auf der nordöstlichen Seite ist die Böschung sehr steil. Eine weitere bauliche Maßnahme würde einen erheblichen Eingriff bedeuten und könnte unter anderem Auswirkungen auf die Entwässerung und den Amphibienschutz haben. Ein konkreter Vorschlag, wie ein Blendschutz bewerkstelligt werden sollte, kann eingereicht werden, damit dieser auf eine Umsetzung geprüft werden und zwischen dem Tiefbauamt und dem Regierungspräsidium abgestimmt werden kann.

OR Thomas Wunderberg möchte wissen, ob durch die neue Ausführung die Beschädigung beziehungsweise die Belastung des Hanges reduziert wird.

OV Anton Huber antwortet, dass durch die geplante neue Ausführung die Belastung des Hanges reduziert werden soll.

OR Thomas Wunderberg möchte wissen, wie viele Bäume für die Baumaßnahme gefällt werden müssen.

Herr Mathes (Ingenieurbüro Schädel) erläutert, dass der Eingriff in den bestehenden Bewuchs möglichst gering beziehungsweise nur auf den erforderlichen Bereich begrenzt wird. Bei der ursprünglichen Planung wäre ein Eingriff von 10 – 15 Metern notwendig gewesen, in der neuen Planung wird der Eingriff wesentlich geringer sein. Wie viele Bäume genau gefällt werden müssen, kann nicht beantwortet werden. Hier besteht ein enger Austausch mit der Forstverwaltung.

OR Thomas Wunderberg fragt nach, ob der neue Radweg in beide Richtungen mit jeweils zwei Wegen beziehungsweise getrennten Spuren ausgeführt wird.

OV Anton Huber verneint dies, da zwei Wege ein zu großer Eingriff in die Natur wären. Der Radweg wird ähnlich wie die bereits vorhandene und vergleichbare Führung in Hohenwettersbach ausgeführt.

OR Thomas Wunderberg möchte wissen, ob der Amphibienschutz auch nach Abschluss der Baumaßnahme dauerhaft bestehen bleiben wird.

Iris Bieberstein (RP Karlsruhe) führt aus, dass nach der Baumaßnahme die Schutzzäune wieder abgebaut werden. Ein dauerhafter Amphibienschutz ist nach aktuellem Planungsstand der Stadt Karlsruhe nicht vorgesehen. Hier kann allerdings bei Bedarf in Abstimmung mit der Stadt nachgesteuert werden.

OR Thomas Wunderberg erkundigt sich, was bei schlechtem Wetter beziehungsweise bei Starkregen passiert, ob zusätzliche Entwässerungsmaßnahmen vorgesehen sind.

Iris Bieberstein (RP Karlsruhe) erläutert, dass die bereits vorhandenen Wasserableitungen bestehen bleiben. Weitere Maßnahmen sind nach derzeitigem Stand nicht erforderlich und geplant.

OR Thomas Wunderberg fragt, bezüglich der Umleitung, ob der geplante Kleinbus weiter nach Karlsruhe – Durlach fahren wird.

Iris Bieberstein (RP Karlsruhe) verweist auf die VBK, hier wisse man allerdings noch nicht, ob ein Pendel- oder Ringverkehr eingerichtet werden soll.

OV Anton Huber gibt zu bedenken, dass es auch schon die Situation gab, als an der Autobahn eine weitere Haltestelle eingerichtet wurde. Pendelbusse wären aktuell tatsächlich neu, das gab es noch nicht.

Herr Jürgen Lohmeyer (TBA) ergänzt, dass die Bus-Linie 107 bestehen bleibt, die Linien 47 und 158 aber entfallen. Derzeit sind die Maßnahmen noch in Klärung und es kann dementsprechend zu weiteren Änderungen kommen

OR Thomas Wunderberg fragt nach der Querungshilfe unter dem Autobahnviadukt in Wolfartsweier, wie die Kurve dort entschärft werden soll und welche Sicherung hier geplant ist.

Iris Bieberstein (RP Karlsruhe) verweist hier auf die Zuständigkeit des TBA, da diese Stelle außerhalb der Planung des RP liegt.

OR Thomas Wunderberg möchte wissen, ob es einen Verkehrsspiegel für Radfahrer unterhalb der Autobahn in Richtung Wolfartsweier geben wird, da es hier eine rechtwinklige Kurve gibt, die als gefährlich wahrgenommen wird. Ebenso muss die Parksituation während der Freibadsaison geklärt werden, da Autofahrer häufig bis unter die Brücke parken.

Manuel Gießinger, TBA teilt mit, dass bereits in der Vergangenheit ein Spiegel in diesem Bereich in Aussicht gestellt wurde, er wird das Anliegen an die Abteilung Verkehrslenkung

weitergeben. Das Ordnungsamt muss künftig das Parkverhalten während der Sommermonate engmaschiger überwachen und geeignete Maßnahmen treffen.

OR Thomas Wunderberg fragt, was die gesamte Baumaßnahme voraussichtlich kosten wird.

Iris Bieberstein (RP Karlsruhe) antwortet, dass die Kosten voraussichtlich bei mehrere Millionen Euro liegen werden, eine genaue Kostensumme liegt derzeit nicht vor.

OR Thomas Wunderberg fragt nach den Maßnahmen, hinsichtlich einer größeren Lärmbelästigung und ob es Auswirkungen auf die Kaltluftschneise geben wird.

Herr Mathes (Ingenieurbüro Schädel) merkt an, dass die Veränderung der Kaltluftschneise nicht untersucht wurde. Hinsichtlich des Lärmschutzes wird es keine weiteren Maßnahmen geben. Bäume haben einen weit überschätzten Schallschutz, es werden lediglich auf ca. 3 Metern Bäume auf der Hangseite gefällt, was keine Auswirkungen auf den Lärmschutz im Ort haben wird.

OR Tino Huber fragt nach, ob die Leitplanke im Bereich oberhalb des Schwimmbades weitergeführt wird, um die Abfahrt von der L 623 zur Schloßbergstraße künftig zu schließen.

Herr Jürgen Lohmeyer (TBA) bestätigt, dass die Leitplanke entsprechend verlängert beziehungsweise weitergeführt werden soll.

ZU 2.
Vorlage 2026/058

Frau Reimold vom Stadtplanungsamt gibt anhand einer Präsentation eine Einführung in das nachhaltige Parkraumkonzept der Stadt Karlsruhe, das im Oktober 2026 im Gemeinderat beschlossen werden soll.
Hintergrund für die Erstellung des Konzepts ist unter anderem der teilweise hohe Parkdruck im Innenstadtbereich. Ein weiteres angestrebtes Ziel der Maßnahme ist künftig, den ruhenden Verkehr besser steuern zu können.

Im Vorfeld gab es einen Parkraumdialog, der ausgewertet und bewertet wurde. Nun folgt die Umsetzung.
Es handelt sich um ein Gesamtkonzept für die Stadt Karlsruhe mit quartiersbezogenen Umsetzungsmaßnahmen. Es wurden sieben Maßnahmen ermittelt, die eine hohe Priorität haben.
Da der Stadt Karlsruhe bislang keine flächendeckenden Zahlen zum vorhandenen Parkraum vorliegen, soll zunächst eine Parkraumkatastererhebung durchgeführt werden.

Eine zentrale Maßnahme soll die Weiterentwicklung des Bewohnerparkens sein. Derzeit gibt es 21 Bewohnerparkzonen. Auch der bedarfsgerechte Ausbau von Fahrradabstellmöglichkeiten, insbesondere für Lastenräder, soll vorangetrieben werden. Dabei soll darauf geachtet werden, dass Sichtfelder und Sichtbeziehungen nicht

eingeschränkt werden. Derzeit werden jährlich rund 500 Fahrradabstellplätze geschaffen; diese Zahl soll künftig erhöht werden.

Zudem wird geprüft, ob Scanfahrzeuge zur digitalen Kontrolle der Parkraumberechtigungen eingesetzt werden können. In Baden-Württemberg gibt es hierzu bereits Pilotprojekte. Ziel ist eine möglichst objektive Erfassung und Kontrolle der Parksituation.

Für die einzelnen Stadtteile ist ein breites Maßnahmenpaket vorgesehen. Die konkreten Maßnahmen sollen über quartiersbezogene Umsetzungskonzepte festgelegt und nach Dringlichkeit umgesetzt werden – Quartier für Quartier. Neben der Verkehrssicherheit spielen dabei auch Klimaschutz und eine nachhaltige Stadtentwicklung eine Rolle.
Bei der Erarbeitung des Parkraumkonzeptes wurde und wird die Öffentlichkeit beteiligt. Dazu fanden unter anderem Online-Abfragen und Workshops statt. Die Ergebnisse des Parkraumdialogs wurden ausgewertet und bewertet und bilden die Grundlage für die nun anstehende Umsetzung.
Als wichtig wurde eine frühzeitige und verständliche Kommunikation mit der Bevölkerung hervorgehoben. Die Bürgerinnen und Bürger sollen über die vorgesehenen Maßnahmen und deren Hintergründe informiert werden. Hierfür sollen unter anderem die städtische Homepage und weitere Informationsmöglichkeiten genutzt werden.

OV Anton Huber merkt nach der Präsentation an, dass Wolfartsweier nicht der erste Stadtteil ist, in dem die Maßnahmen umgesetzt werden. Das Vorgehen erinnert an das Konzept „Faires Parken“, bei dem das Verbot des Gehwegparkens ebenfalls schrittweise in den einzelnen Stadtteilen umgesetzt wurde. Auch damals gab es zunächst viele Sorgen und Befürchtungen, wie sich die Veränderungen auf den Alltag auswirken würden.
Parken ist ein Thema, das sehr emotional diskutiert wird. Entsprechend groß kann die Verunsicherung zu Beginn sein. Die Erfahrungen mit dem Gehwegparken zeigen jedoch, dass sich viele Veränderungen nach einer Eingewöhnungsphase in den Alltag integrieren lassen. Ziel ist letztlich eine Verbesserung der Aufenthalts- und Lebensqualität für alle.

OR Thomas Wunderberg fragt nach, ob die Umsetzung Fördermittel genutzt werden?

OV Anton Huber bejaht dies.

OR Thomas Wunderberg fragt nach, welche Bedeutung hat die frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger?

Christina Reimold (Stadtplanungsamt) stellt klar, dass durch eine frühzeitige Beteiligung der vorhandene Parkdruck besser erfasst werden soll. Ziel ist es, faire Parkmöglichkeiten und passende Lösungen für die unterschiedlichen Situationen zu finden.

OR Tino Huber erkundigt sich, warum E-Ladeplätze beziehungsweise Ladeinfrastruktur keine höhere Priorität haben.

Christina Reimold (Stadtplanungsamt) antwortet, dass sich das vorliegende Konzept zunächst ausschließlich mit dem Parkraum beschäftigt. Die Themen werden voneinander abgegrenzt, da der Schwerpunkt hier auf der Parksituation liegt. Der Ausbau von E-Ladeinfrastruktur ist jedoch ein Thema mit hoher Priorität beim Umweltamt.

OR'in Christiane Supper fragt nach, wie das mit der Anzeige der freien Parkplätze in Zukunft funktionieren soll. Wird es künftig eine App geben, mit der freie Parkplätze angezeigt werden können?

Christina Reimold (Stadtplanungsamt) erklärt, dass geplant ist, Befahrungs- beziehungsweise Erhebungsdaten gemeinsam mit Luftbildern auszuwerten. Dadurch soll festgestellt werden, wo sich Parkplätze befinden und wie stark diese ausgelastet sind. Ein entsprechendes Parkleitsystem wird dabei als eigenständige Maßnahme betrachtet.
In GIS wird nur vorhandener Parkraum ausgewiesen.

OR Thomas Wunderberg möchte wissen, ob auch die Entsiegelung von Flächen berücksichtigt wird oder ob eine stärkere Versiegelung von Flächen vorgenommen wird. Welche Auswirkungen hat dies auf die Umwelt?

OR Joachim Supper weist darauf hin, dass versiegelte Flächen bei Parkplätzen in der Vergangenheit praktische Gründe hatten, beispielsweise dass aus Fahrzeugen austretendes Öl oder andere Schadstoffe ohne Versieglung in den Boden gelangen können. Bereits geringe Mengen können dabei erhebliche Mengen Wasser beziehungsweise Boden verunreinigen. Deshalb müsse im Einzelfall abgewogen werden, ob eine Versiegelung oder eine andere Gestaltung sinnvoller ist.

Christina Reimold (Stadtplanungsamt) erklärt, dass die Entsiegelung abhängig von der jeweiligen Straße beziehungsweise Situation geprüft werden muss. Entsiegelungsmaßnahmen kommen nur bei Umnutzungen von Flächen in Betracht. Ansonsten ist das Ziel, dass längeres Parken in Parkhäuser verlagert werden soll.

OR`in Manuela Reichmann erkundigt sich, warum zunächst die Innenstadt als Schwerpunkt ausgewählt wurde.

Christina Reimold (Stadtplanungsamt) führt aus, dass in der Innenstadt eine besonders hohe Auslastung und damit ein entsprechend hoher Parkdruck besteht. Deshalb wurde dort begonnen. Perspektivisch können weitere Stadtteile hinzukommen und die Maßnahmen entsprechend verteilt werden.

OR Markus Ziegler sieht hier ein Konzept zum Geldeinnehmen, die Parkgebühren werden teurer, der ÖPNV wird zurückgefahren.

Christina Reimold (Stadtplanungsamt) stellt klar, dass das Parkraumkonzept keine zusätzliche Einnahmequelle sei, die Erhöhungen des Anwohnerparken und der Parkgebühren werden unabhängig von diesem Konzept vom Gemeinderat beschlossen.

OV Anton Huber merkt an, dass diese Frage unabhängig von der aktuellen Sitzung zu klären ist. Wie sich die Parkgebühren künftig entwickeln, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend festgelegt.

OR`in Manuela Reichmann spricht nochmals die Entsiegelung an und was da geplant ist. Was ist hier angedacht, offene Steine?

Christina Reimold (Stadtplanungsamt) verweist hier auf die Abstimmung mit dem TBA. Bei Straßensanierungen wird grundsätzlich geprüft, ob Flächen entsiegelt werden können. Auch beim Parkraumkonzept soll dieser Aspekt mitgedacht werden.

OV Anton Huber erläutert, dass die Parkfläche bei der Spielervereinigung perspektivisch entsiegelt werden könnte. Wenn wir in Wolfartsweier eine größere Parkfläche hätten, könnte man in Erwägung ziehen, ein Entsiegelungskonzept in Kombination mit dem Parkraumkonzept durchzuführen.

OR Thomas Wunderberg spricht die Möglichkeiten von Park-and-Ride an, um den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr zu erleichtern. Als Möglichkeit nennt er das Zündhütte.

Christina Reimold (Stadtplanungsamt) merkt an, dass Park and Ride bereits im Umland genutzt werden sollte und nicht erst in Karlsruhe.

OV Anton Huber bewertet Park & Ride grundsätzlich als sinnvolle Idee. Er merkt zudem an, dass öffentlicher Parkraum Gemeingut ist und entsprechend der Allgemeinheit zur Verfügung steht. Gleichzeitig gibt es private Flächen, auf denen Stellplätze vorhanden sind, die teilweise nicht genutzt werden. Dadurch stehen öffentlichen Flächen der Gemeinschaft nicht zur Verfügung. Bei der Diskussion geht es daher nicht nur um finanzielle Aspekte, sondern auch um eine gerechte Nutzung und Verteilung des vorhandenen Parkraums.

OR Thomas Wunderberg fragt nach, ob vorgesehen ist, dass künftig weniger versiegelt wird und ob es konkrete Planungen zu Bebauung und Förderungen gibt?

Christina Reimold (Stadtplanungsamt) kann keine konkreten Angaben machen, da sie keine Kenntnis über Fördermittel hat. Allgemein gelten immer die Bebauungspläne für die Errichtung von Parkplätzen.

OV Anton Huber ergänzt, dass die Grünsatzung entsprechende Vorgaben für Begrünung und Entsiegelung festlegt. Zunächst soll hierzu ein Pilotprojekt in der Innenstadt umgesetzt werden. Auch im Bestand sollen bei künftigen Veränderungen entsprechende Vorgaben berücksichtigt werden. Die konkrete Umsetzung soll dabei stark quartiersbezogen erfolgen und die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten berücksichtigen.

Zu 3.

[A] **Abgestorbene Zeder**

Die Entfernung des abgestorbenen Baumes wurde dem Gartenbauamt (GBA), Abteilung Baumpflege, bereits im Sommer gemeldet.

Aus naturschutzrechtlichen Gründen dürfen Rückschnitte und die Entnahme von Bäumen und Sträuchern grundsätzlich nur im Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 31. März durchgeführt werden, sofern keine unmittelbare Verkehrsgefahr besteht.

Die abgestorbene Zeder soll daher innerhalb dieses Zeitraumes durch das GBA entfernt werden. Ein genauer Termin steht derzeit noch nicht fest.

[B] **Blitzer**
Wie bereits mitgeteilt, kann der Bauhof den Blitzer nicht selbst ausrichten. Das Ordnungsamt beziehungsweise die Verkehrsüberwachung wurde deshalb um Unterstützung gebeten.

[C] **Mitteilungsblatt**
Das Mitteilungsblatt hat momentan eine Abonnentenanzahl von 260 Haushalten.
Eine Werbung der Ortsverwaltung mit gewerblichem Hintergrund ist im Mitteilungsblatt ist nicht möglich, die Vertragsgestaltung mit Nussbaum Medien gestattet dies nicht.

[D] **Gehölzarbeiten am Hausengraben**
Das Tiefbauamt, Abteilung Gewässer, hat darüber informiert, dass entlang des Hausengrabens Gehölzarbeiten durchgeführt werden. Eine Fremdfirma wird zunächst mit einer Behandlungsmaßnahme der dort vorhandenen Götterbäume beginnen. Im darauffolgenden Frühjahr sollen die Pflanzen beziehungsweise der Bewuchs entfernt werden. Bei der Maßnahme handelt es sich um eine Unterhaltungsmaßnahme im Bereich der Gewässerunterhaltung beziehungsweise Dammsanierung. Die Arbeiten wurden mit dem Umweltamt abgestimmt.

Zu 4.
[A] **Aussagen zu E-Ladestationen:**
Es wurden Flächen identifiziert, auf denen Ladesäulen möglich sind. Firmen können sich darauf bewerben.

[B] **OR Tino Huber** spricht die unregelmäßige Abholung des Wertstoffes an. Es gibt Straßenzüge, in denen regelmäßig die Wertstofftonnen nicht abgeholt werden.

OV Anton Huber erwidert, dass dies die Firma Knettenbrecht und Gurdulic gerichtet werden muss.

[C] **OR Joachim Supper** spricht das Baustellenmanagement in der Egelseestraße an, es gibt eine große Baustraße ohne keine vorherige Ankündigung. In der Steinkreuzstraße sind Gleisbauarbeiten durch das Mitteilungsblatt angekündigt, die Straßensperrung war jedoch nicht bekannt.

OR'in Julia Küffner antwortet, dass dies noch immer wegen der Wasserleitung in der Steinbügelstraße zur Egelseestraße sei.

OV Anton Huber stellt in Aussucht, dass eine Anfrage ans TBA gestellt wird, um sicherzustellen, dass wir vorab darüber informiert werden, wenn es Baustellen gibt.

[D] **OR Thomas Wunderberg** fragt nach, warum Veränderungen beziehungsweise Meldungen in der Karlsruhe-Feedback-App teilweise nicht angezeigt werden? Das sei schon von mehreren Personen angesprochen worden.

OV Anton Huber antwortet, dass bei der Ortsverwaltung eingehende Meldungen soweit diese in unserer Zuständigkeit liegen bearbeitet werden oder an die zuständigen Fachämter weitergegeben werden. Fehler innerhalb der App sollen durch die zuständigen Stellen beziehungsweise das OA überprüft und behoben werden.

OR'in Julia Küffner fragt nach, ob es für die Steinkreuzstraße eine zeitliche Vorgabe gibt?

OV Anton Huber weist darauf hin, dass die Baustelle im Herbst kommen sollte. Da wir mittlerweile im Herbst sind, wird eine Anfrage ans TBA gestellt.

OR'in Julia Küffner bemerkt, dass Straßenschilder teilweise stark verschmutzt oder sogar verdreht sind und fragt nach, ob eine Begehung erfolgen kann.

OV Anton Huber erwidert, dass konkrete Hinweise gerne gemeldet werden können, sie werden zur Erledigung weitergegeben.

OR'in Julia Küffner erkundigt sich nach dem Stand der Spielanlage bei der Kita. Dort befindet sich derzeit eine Bauabtrennung. Soll auf der Fläche etwas Neues entstehen oder bleibt die Spielanlage bestehen? Können Bänke aufgestellt werden?

OV Anton Huber antwortet, dass in diesem Bereich Bänke vorhanden sind. Die Neugestaltung der Spielanlage erfolgt in Abstimmung mit dem GBA.

OR Thomas Wunderberg informiert, dass der Radweg hinunter zum Stoll wieder problemlos nutzbar ist. Die Maßnahme wurde durchgeführt, der Kies wurde entfernt und zwei Schneisen wurden geschaffen. Dadurch ist der Weg wunderbar als Radweg nutzbar und es bestehen keine erkennbaren Gefahren mehr.

OV Dr. Anton Huber schließt die öffentliche Sitzung um 20:29 Uhr.

Ortsvorsteher:
gez.
Dr. Anton Huber

Schriftführerinnen:

gez.
Christa Keinath

gez.
Petra Rastetter

Ortschaftsrat:

gez.
Julia Küffner

gez.
Manuela Reichmann